

# Süddeutscher Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Süddeutscher Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 3,00, monatlich 1,00 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46  
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgefaltene Petitzeile oder deren Raum 35 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 25 Pfg., auswärtsige Anzeigen 45 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 288.

Sonnabend, den 8. Dezember 1917.

24. Jahrg.

## „Das freie Wahlrecht ist das Zeichen“

So singt seit Jahrzehnten die deutsche Arbeiterschaft in ihrem Trübsinn. Das gleiche Wahlrecht ist heute das Zeichen, in dem das neue Preußen des Volks gegen das alte Preußen der Junker ringt. Alles andere, so wichtig es an sich sein mag, tritt dagegen zurück. Es ist die Bahn, die uns geführt hat. Lassalle, der mit scharfem Blick erkannt hatte, daß es in der Politik gelte, alle Kraft auf einen, auf den entscheidenden Punkt, zu konzentrieren, und der die ganze Kraft der Arbeiterklasse konzentrieren wollte auf die Erringung des gleichen Wahlrechts in Preußen.

Siegt das gleiche Wahlrecht, so ist der „entscheidende Wendepunkt in der Entwicklung Preußens“ eingetreten, von dem Graf Hertling sprach. Nicht, als ob damit alles erkämpft wäre, nicht als ob dem Rückschritt dann keine weiteren Positionen verblieben. Aber in diesem Augenblick besteht die Möglichkeit, mit gleichem Wind und gleicher Sonne gegen die Feinde des preussischen und deutschen Fortschritts anzukämpfen. Wenn man uns einwendet, daß mit diesem Sieg der Gegner noch nicht vernichtet sei, so werden wir alsdann getrost mit den Worten Kleists antworten:

„Die Kunst jetzt lernten wir, ihn zu besiegen und sind gewillt, sie weiterhin zu üben.“

Aber diese Entwicklung sehen nicht nur wir, auch der Gegner sieht sie. Den jetzigen Herren Preußens fehlt es nicht an politischem Instinkt, auch sie konzentrieren ihre Kraft an dem entscheidenden Punkt. Der Sturmhauf gegen das gleiche Wahlrecht hat begonnen. Ihn abzuwehren und ein wirklich freies Wahlrecht für Preußen zu erringen, das ist das Ziel unserer preussischen Genossen. In diesem Kampfe stehen ihnen die Genossen der übrigen deutschen Bundesstaaten mit allen Kräften zur Seite; wissen sie doch, daß der Sieg des Fortschritts in Preußen auch eine Niederlage der finsternen Mächte des Rückschritts in den anderen Bundesstaaten bedeutet. Es handelt sich hier nicht nur um eine preussische, sondern um unsere eigene Sache. Deshalb wünscht die Süddeutsche Arbeiterschaft, daß es unseren preussischen Genossen gelingen möge, die Mächte der Reaktion zu bannen und dem freien, dem gleichen Wahlrecht in Preußen die Wege zu ebnet.

Am dritten Verhandlungstage kam unser Genosse Hirsch zu Wort. Ihn voran sprach Abg. von der Osten (K.). Derselbe gab namens der konservativen Partei eine Erklärung ab, daß Herr von Henninghaus dem schweren Bedenken der konservativen Partei gegen die Vorlage Ausdruck gegeben habe, und daß die konservative Partei die Vorgänge bei der Ernennung des gegenwärtigen Reichstanzlers und Ministerpräsidenten als einen Bruch mit den bisherigen Gegebenheiten, als eine Beeinträchtigung der Rechte der Krone ansehe. Trotz der Erklärung des Reichstanzlers kann nicht bestritten werden, daß er sich vorher mit den Führern der Reichstagsparteien ins Benehmen gesetzt und dadurch Schritte zum parlamentarischen System getan habe. Redner fügt hinzu, man brauche nur die Namen des alten und des neuen Reichstanzlers, Dr. Helfferich und von Beyer, nennen, um deutlich zu sehen, daß hier ein Druck auf die Krone ausgeübt wurde. Daß der Reichstag danach die Kriegskredite ohne weiteren Einspruch annahm, betrachten wir, fährt Redner fort, im Kriege als völlig selbstverständlich, namentlich, nachdem die Regierung durch das außerordentliche Reichstagsgesetz gegangen war. Wir erheben gegen diese Entwicklung entschieden Widerspruch. Die Vaterlandspartei hat die Gegenfrage nicht verschärft, sondern sie schaltet alle inneren Streitfragen aus und stellt das Vaterland über die Partei. Dem Großadmiral von Tirpitz wird es Deutschland nicht in letzter Linie danken, wenn es siegreich aus dem Weltbrand hervorgeht. Auch meine Partei steht in ihrer Entwicklung nicht still, aber wir wollen selbst bestimmen, wann die Zeit der Reformen gekommen ist. Die Vorlage zeigt einen bedauerlichen Mangel an realpolitischem Sinn. Aus der Geschichte ersehen wir, daß diejenigen Staaten untergegangen sind, die sich der Demokratie in die Arme geworfen haben. Mit diesem Geleze wäre der erste Schritt zu einem parlamentarischen Schattenkönigtum getan. Das ist für uns un-erträglich. (Beifall rechts.)

Hirsch (SD.):

Die Verherrlichung des Junkertums durch den Redner, seine Angriffe auf die Sozialdemokratie und sein Vorstoß gegen das Reichstagswahlrecht zeigen, wie schwach die Position der Konservativen ist. Er hat die in der Presse der Rechten immer wiederkehrende Behauptung wiederholt, das gleiche Wahlrecht sei der Krone abgekauft, sei von ihr erpreßt. Mit diesem Märchen sollte doch nach der Erklärung des Vizepräsidenten des Staatsministeriums ein für allemal aufgeräumt sein. Es kam nur komisch wirken, wenn die Konservativen glauben, die Krone gegen sich selbst im Stich nehmen zu müssen, weil den Ministerialen durch das Reichstagswahlrecht keinerlei Vertretung eingeräumt werde. Deshalb fordern wir ja auch das Proportionalwahlrecht. Charakteristisch für die Art, wie die Konservativen kämpfen, war die Behauptung des Redners, eine sozialdemokratische Zeitung habe geschrieben, mittels des allgemeinen Wahlrechts solle die Klassenherrschaft des Proletariats ausgerichtet werden. Es ist selbstverständlich, daß so etwas niemals in einem sozialdemokratischen Blatte stehen kann, denn unser Bestreben geht dahin, nicht nur die Klassenherrschaft der preussischen Junker, sondern die Klassengegenstände überhaupt zu beseitigen. Nachst dem Verlaufe der bisherigen Debatte sind die Aussichten der Wahlrechtsreform, insbesondere des gleichen Wahlrechts, sehr schlecht. Wenn es, insbesondere in der Kommission gelingt, einen Kompromiß in den An-

schauungen herbeizuführen, dann kann man jetzt schon sagen, daß das gleiche Wahlrecht gescheitert ist. Vor welcher Situation stehen wir da? Der König hat das gleiche Wahlrecht feierlich verheißt. Selbstverständlich hat das Abgeordnetenhaus nicht nur das Recht, sondern geradezu die Pflicht, jede Vorlage der Regierung gewissenhaft zu prüfen. Ebenso selbstverständlich aber sind wir Abgeordneten nicht an Versprechungen der Krone gebunden, aber gebunden an ihre Versprechen ist die Krone. Sie kann unmöglich ein Wahlrecht unterzeichnen, das dem Volke nicht das gleiche Wahlrecht gibt. Das jetzige Wahlsystem kann aber auch nicht bestehen bleiben; denn daß Klassenwahlen nach diesem Kriege unmöglich sind, darüber herrscht abgesehen von ganz rüchständigen Elementen, überall vollständige Einstimmigkeit. Herr Dr. Friedberg hat uns ja nachgewiesen, wie gerade weiteste Schichten des Mittelstandes durch den Krieg völlig ruiniert worden sind. Allen diesen würde das Wahlrecht genommen werden. Ein solches Gesetz also kann der König nicht unterzeichnen, und dann haben wir den Konflikt, den Konflikt zwischen Krone und Parlament, den Herr v. d. Osten uns vorhin an die Wand gemalt hat für den Fall, wenn eine größere Anzahl von Sozialdemokraten in den Landtag einzieht. Sie sehen also, daß das, was Herr v. d. Osten als möglich hinstellt, um Sie gaulisch zu machen, heute schon in vollem Umfange droht. Welche Gründe sind nun bisher gegen das gleiche Wahlrecht vorgebracht worden? Ich will nicht so unhöflich sein und sagen, daß man nur allgemeine Nebensachen dazu angeführt hätte. Jedenfalls aber waren die Gegenstände wenig stichhaltig. Herr Lohmann meinte, seine Erfahrungen ließen ihn an der politischen Reife der breiten Masse des großen Volkes stark zweifeln. Wenn das richtig wäre, dann wäre doch die logische Folge die Abschaffung des Reichstagswahlrechts und keine Ersetzung durch ein Mehrstimmensrecht, aber nicht etwa nach der Steuerlast und nicht nach der Bildung, sondern nach der politischen Reife. Wer sollte aber darüber entscheiden? Etwa der Landtag? Im übrigen kann ich aus meiner Erfahrung erklären, daß das nicht richtig ist, was Herr Lohmann sagte. Ich habe gerade die Erfahrung gemacht, daß die breiten Massen der Arbeiterklasse an politischer Bildung und Erfahrung die große Menge der Anhänger der bürgerlichen Parteien weit übertrifft. Das liegt auch in der Natur der Sache. Man sagt nun, die Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen würde dazu führen, daß es auch in anderen Bundesstaaten eingeführt wird. Das ist für uns ganz selbstverständlich. Warum soll denn nicht wenigstens einmal Preußen all den übrigen Bundesstaaten vorangehen. Sollen wir denn immer hinterher marschieren, wie seit mehr als sechzig Jahren. Der Historiker Meineke erklärt sich ausdrücklich für das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht. Wenn man einwendet, das gleiche Wahlrecht zum Abgeordnetenhaus werde auch das gleiche Wahlrecht zu den Gemeindevertretungen nach sich ziehen, so entspricht das nur einer alten Forderung von uns. Der Redner glaubte nun, einen ganz besondern Trumpf gegen das gleiche Wahlrecht auszuspielen zu können, indem er darauf hinwies, daß die Kirche und Schule politisch dann unmöglich in dem gleichen Geiste weiter betrieben werden würden, wenn nicht mehr eine aus Konservativen und Zentrum bestehende Mehrheit vorhanden wäre. Wir sind bekanntlich starke Gegner dieser Kirche- und Schulpolitik gewesen. Wenn Herr v. d. Osten von dem „wissenschaftlichen“ Parlament sprach, so liegt darin die ganze Verachtung der Konservativen vor der Wissenschaft. Hier liegt ein unüberbrückbarer Gegensatz zwischen Ihnen und uns. Im leichtesten hat es sich Herr v. Henninghaus gemacht, der überhaupt keine Gründe gegen die Vorlage vorbrachte und sich über die wichtigsten Argumente der Begründung leicht hinwegsetzte. Ich fühle es ja den Konservativen nach, daß ihnen in dieser Situation nicht gerade wohl zumute ist; deshalb finden wir die Reden ihrer Vertreter psychologisch ganz verständlich. Die Herren fühlen eben, daß die Todesstunde ihrer Klasse geschlagen hat. Denn mit dem Sturz des Dreiklassenwahlrechts ist auch die Herrschaft ihrer Klasse gestürzt. Die Herren haben kein Verständnis für die Zeit. Sozialhistorischer Sinn sollten sie doch auch haben, um nicht dem Kad der Weltgeschichte in die Speichen zu fallen. Aber anstatt sich in das Unvermeidliche zu fügen, anstatt mitzuarbeiten an einer Reform des Wahlrechts, die allerdings nur in dem gleichen und allgemeinen Wahlrecht bestehen kann, suchen sie verzweifelt gegen die Entwicklung anzukämpfen. Die Folgen hat ihnen Herr Dr. Friedberg schon gezeigt. Die Konservativen mögen viel versprechen, aber eins können sie nicht: in Schönheit sterben. Dr. Verbrück hat in den „Preussischen Jahrbüchern“ neulich daran erinnert, daß der französische Adel von 1789 noch aus anderen Männern bestand. Er hat in der berühmten Augustnacht selbst in der Nationalversammlung die Aufhebung seiner feudalen Rechte beantragt. Die preussischen Konservativen aber rennen verzweifelt dagegen an, damit ihnen nicht ein Lüpfelchen ihrer Rechte genommen wird. Dabei sollen die Rechte in Preußen wenigstens einigermaßen gleichmäßig verteilt werden. In der Oberbofthofen ist deutlich ausgesprochen, daß für ein Klassenparlament kein Raum mehr ist, das nicht der Ausdruck der Stimme des Volkes, sondern ein Zerrbild der Volkstimmung ist. Herr v. d. Osten hat den Untergang Preußens an die Wand gemalt. Da müssen wir auseinanderhalten: ein modernes Preußen, das wir jetzt im Begriff sind zu schaffen und das alte Preußen. Dieses alte Preußen ist sehr stark, indem die Klasse, die durch das Wahlrecht zur Herrschaft gelangt ist, ihre Herrschaft in rücksichtsloser Weise ausgenutzt hat. Wenn dieses alte Preußen zusammenbricht und aus seinen Trümmern sich ein modernes Preußen erhebt, in dem jeder Staatsbürger sich wohl fühlt, wo es keine Herren und Knechte, sondern nur freie Menschen gibt, wenn wir uns ein solches modernes Preußen mit erarbeiten, dann werden unsere Kinder und Enkel uns danken. Dafür haben die Konservativen natürlich kein Verständnis. Was sie wollen, hat schon 1849 ein Graf Besler mit folgenden Worten ausgedrückt: Wir wollen Preußen bleiben; der Teufel hol das Preußen, das Deutschland fabriziert und Preußen ruiniert. Graf v. d. Osten hat uns geschildert, welche Verdienste sich der Preussische Landtag erworben hat. Dem-

gegenüber verweise ich darauf, daß wir seit über einem Menschenalter einen vollständigen Stillstand jeder großzügigen Reform in Preußen haben. Ich erinnere an die Kanalvorlage, an den Stillstand der Sozialpolitik, an die Wohnungsreform, an das Volksschulwesen und das Gesundheitswesen. Überall die Notwendigkeit der Besserung, aber nirgends eine wesentliche Reform. Preußen hat stets auch die Reichsregierung in sich gemacht gegen Arbeiterforderungen, für Schutzpolitik usw. Die preussischen Junker, die Herr v. d. Osten als Idealisten hinstellt, die nur bestrebt seien, für das ganze Volk zu sorgen, haben es vorzüglich verstanden, sich auf Kosten des Volkes zu bereichern. Die preussischen Junker, die jetzt von einer Einschränkung der Krone sprechen, haben das Recht, Minister zu entlassen, von jeder für sich in Anspruch genommen. Die Vorlage entspricht zwar nicht allen unseren Forderungen, aber sie bedeutet doch einen großen Fortschritt. Leider ist das Wahlrecht in verlebtem Zustand eingekerkert. So bedeutet insbesondere die Verlängerung der Aufschubdauer am Orte eine Schwächung der Arbeiter. Zum mindesten muß hier eine Ausnahme für die Kriegsteilnehmer geschaffen werden. Die Bestimmung, daß dort, wo eine Gemeinde mehrere Wahlbezirke enthält, der Wähler ein Jahr im Wahlbezirk wohnen muß, bedeutet ein Ausnahmegericht gegen Berlin, für das die Vorlage kein Wort der Begründung enthält. Bei den wertvollen Diensten, die die Frauen dem Vaterlande im Kriege geleistet haben, und die auch beim Wiederaufbau nach dem Kriege nicht zu entbehren sind, ist auch unsere weitere Forderung auf Gewährung des aktiven und passiven Wahlrechts auch für die Frauen voll und ganz gerechtfertigt. Auch die Beibehaltung der jetzigen Wahlkreiseinteilung macht das Wahlrecht ungleich. Ferner halten wir fest an unserer Forderung der Befreiung des Herrenhauses. Mindestens müßte seine Zusammensetzung wesentlich anders sein. Bezieht die Reichstags die Arbeiterkammern, so werden diese auch Arbeitervertreter für das Herrenhaus vorschlagen. Im anderen Falle könnten das die Arbeiterkammer-Vertreter in den Versicherungsämtern tun. Die Einschränkung der Staatsrechte, welche die dritte Vorlage bringt, dürfte sich kein Parlament gefallen lassen, sonst kommen wir noch schlimmer, wie Österreich mit seinem berühmten Paragraphen 14. Wozu überhaupt diese andere Vorlage? Sie erhöht nur das Inkongruente der Wahlrechtsreform. Wir brauchen das gleiche Wahlrecht als ein Gebot der Gerechtigkeit und der Staatsnotwendigkeit. Preußen steht vor seiner wichtigsten Aufgabe seit seiner Umwandlung in einen konstitutionellen Staat. Das Ansehen der preussischen und deutschen Regierung hängt von der Lösung dieser Aufgaben ab. Wie würden auch unsere Feinde spotten und höhnen über eine Regierung, die nicht imstande wäre, den Widerstand der Junker zu besiegen und über das Volk, das nicht imstande wäre, seine Fesseln zu sprengen. Ein Zurück gibt es für die Regierung nicht. Nach ihrer Begründung der Vorlage kann bei dem Haupttag ins Gesicht, der eine Ablehnung bedeuten würde, nicht hinnehmen. Es bliebe dann nur der Weg über den Reichstag oder die Aufhebung der Wahlrechtsreform vom 3. März 1913. Erwählten kann die Regierung nicht verantwortlich unter einem System, das den Kriegsgewinnlern in jedem Jahr mehr Rechte gibt als denen, die ihr Blut für das Vaterland vergossen haben. Das Ansehen der Krone wäre unwiderbringlich verloren, wenn sie jetzt vor den preussischen Junkern die Waffen brechen müßte. (Beifall links.)

Abg. Schifferer (Nat.): Wir können nur dann zu einem Resultat kommen, wenn auf allen Seiten Fairness und Entgegenkommen herrscht. Die Schärfe des Herrn v. Henninghaus war schuldlos, daß die Sache so gekommen ist. Jeder einzelne muß sich uns Reine kommen und darf sich auch nicht von der Krone leiten lassen. Selbst die einzelnen Parteien sind in dieser Frage gespalten, man ist aber einig darin, daß das jetzige Wahlrecht reformiert werden muß. Wir werden im Anschluß gründlich alle Möglichkeiten prüfen. Preußen muß auch in einem neuen jugendlichen Deutschland seine historische Aufgabe erfüllen.

Am Montag geht die Beratung weiter.

## Die Waffenstillstands-Verhandlungen.

Rotterdam, 7. Dezember. Die amtliche russische Telegraphen-Agentur berichtet: Die Konferenz über die Waffenstillstandsverhandlungen zwischen den russischen und deutschen Abgeordneten wurde am 5. Dezember eröffnet. Die russischen Delegierten gaben eine Erklärung über die Friedensbedingungen ab; nach den Erklärungen der feindlichen Delegierten sei dies aber ausschließlich eine Frage für die Politiker, sie seien nur ermächtigt, über den Waffenstillstand zu verhandeln. Der Feind lehnte es auch ab, sich an einer Aufforderung an alle Kriegführenden zum Abschluß eines Waffenstillstandes zu beteiligen. Die Deutschen schlugen einen Waffenstillstand von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer vor. Die russischen Militärachverständigen prüfen den Antrag. Die Deutschen wollten einen Waffenstillstand vom 10. Dezember ab auf 28 Tage. Wir schlugen vor, die nächste Zusammenkunft hinter den russischen Linien zu halten.

# Die Kriegslage.

Der deutsche Sieg in der Schlacht von Cambrai ist seit der Sperrschlacht 1915 der bedeutendste Offensturz der deutschen Waffen gegen die englische Heermacht an Zahl und Material. Auch am 6. Dezember errangen wir weitere Erfolge. Die Stadt Marcoing wurde vom Feind gesäubert. Ein heftiger Gegenangriff nördlich von La Bacquerie wurde unter schweren Verlusten für den Feind abgeschlagen. In den letzten Tagen wurden den Engländern Graincourt, Bourmen, Amenez, Cantain, Royelle, Masnieres und Marcoing entrissen, nachdem sie schon am 22. November aus Fontaine geworfen waren. Die flammenden Brände dieser von den Engländern angezündeten französischen Dörfer und Städte sind Zeichen für die Art englischer Kriegsführung, die ohne zwingenden Grund das Land ihres französischen Bundesgenossen verwüsten, wie einst Rumänien und Belgien. Wiederholt bestätigten neu eingelaufene Meldungen die schweren blutigen Verluste der Briten, die unter Einsatz ihrer Kräfte einen entscheidenden Erfolg versuchten und nach kurzem Anmarsch den schwersten Rückschlag des Krieges erlitten. Die Hoffnung der Engländer, den Eindrud der dauernden Niederlagen in Flandern im eigenen Volke, bei seinen Verbündeten und den Neutralen durch den Vorstoß auf Cambrai zu vermindern, ist völlig fehlgeschlagen. Sie hat mit einer schweren Enttäuschung der Engländer geendet.

Auf der ganzen Flandernfront lag am Morgen des 6. Dezember Störungsfeuer in wechselnder Stärke, das zwischen Bevelaire und dem Kanal von Hallebeke von 9 Uhr vormittags an Heftigkeit zunahm. Das zeitweilig stärkere Feuer dehnte sich nach Süden bis zur Lys aus. In der Nacht vom 6. Dezember wurde eine starke feindliche Erkundungsabteilung südlich vom Houthoullter-Wald abgewiesen.

Westlich der Maas lag stärkstes Störungsfeuer, auch schwerer Kaliber, auf unseren Stellungen zwischen Beaumont und Becondour. Bei einem erfolgreichen Unternehmen im Walde von Apremont am Morgen des 6. Dezember hatte der Feind außer Einbuße von Gefangenen schwere blutige Verluste.

In Italien hat sich die Gefangenenzahl in den Kämpfen auf der Meletta-Höhe um mehrere Tausend erhöht.

## Die Heeresberichte.

Berlin, 7. Dezember, abends. (Amtlich.)

Zu Beginn waren örtliche Kämpfe beiderseits von Graincourt für uns erfolgreich.

Von den anderen Fronten nichts Neues.

Wien, 7. Dezember. (Amtlich.)

## Westlicher Kriegsschauplatz.

Waffenruhe.

## Italienischer Kriegsschauplatz.

Die Truppen des Feldmarschalls Conrad haben im Angriff weitere Erfolge errungen. Desterreichische Schützenregimenter brachen in mehrstündigem erbittertem Nahkampf den feindlichen Widerstand auf dem Monte Sijemol. Mit dem Fall dieses durch Tausend Jahre verteidigten Bollwerkes verlor der Italiener über Tausend Gefangene und eine große Menge von Kampfmitteln aller Art. Die Gesamtzahl der seit dem 4. Dezember östlich Wiago eingebrachten Gefangenen liegt auf 15 000. Auch die Gefangenenzahl erhöhte sich.

## Rußland.

### Russische Generale auf der Flucht.

Reuter meldet aus London: Der frühere Kommandierende der Südwestfront, Dinikin, Stabschef Markow und Generalquartiermeister Orloff sind mit Korniloff entkommen.

### Das Stimmverhältnis der Wähler zur Konstituente.

Nach einem verspätet eingetroffenen Havasbericht ergaben die Wahlen zur verfassunggebenden Versammlung folgender Ergebnisse: Maximalkisten 2 700 000, Kadetten 2 223 000, Sozialrevolutionäre 2 222 000 Stimmen.

### Zusammenfassung in Rußland.

Bern, 6. Dezember. „Le Temps“ meldet aus Petersburg: Die Maximalkisten bildeten folgende Neugruppierung:

1. Die sozialistischen revolutionären Gruppen Kompow, Kabanow und Kiridowow.

2. Die internationalistische Sozialistengruppe Martow.

3. Das Zentralkomitee der Eisenbahner.

4. Das Zentralkomitee der Telegraphen- und Postangehörigen.

5. Die internationalistische Presse.

Die Gruppen werden einen Kongress von 370 Mitgliedern bilden. In Erwartung der verfassunggebenden Versammlung werde man eine vor diesem Komitee verantwortliche Regierung zu bilden versuchen. Tschernom und die Maximalkisten weigern sich, sich der Reorganisation anzuschließen.

### Die verschwundenen Kronjuwelen.

Die „Köln. Ztg.“ meldet von der schweizerischen Grenze: Wie Petersburger Drahtnachrichten melden, hat die Regierung Lenins entdeckt, daß die russischen Kronjuwelen, die auf 500 Millionen Franken geschätzt werden, aus dem Koffer der Emigrantin vermisst worden sind. Sie sind wahrscheinlich zu Beginn des Krieges im Auslande in Sicherheit gebracht worden.

## England.

### Ein englischer Versuch des Völkervertrags?

Die „Agence Havas“ berichtet aus London: Die britische Regierung verfügte, daß alle Untertanen feindlicher Nationen von 16. bis 60. Lebensjahre, die provisorisch in Freiheit gelassen wurden, unter die Freiwilligen eingereiht werden und auf ihre Nationalität verzichten sollen. Im Falle der Weigerung werden sie eingesperrt.

### Der jüngste Luftangriff auf England.

Aus London wird gemeldet: Gestern früh unternahm eine unabhängige feindliche Flugzeuge einen Angriff auf England. Die erste Gruppe kam 10 Uhr morgens über verschiedene Orte in der Nähe der Küste. Die nächste Gruppe kam bald nach 3 Uhr. Die Flugzeuge flogen längs der Küste weiter, und es sollte sich herausstellen, daß diese Gruppen nur Vorläufer waren. Eine Stunde später kam die Hauptangriffsmacht. Zwischen 4 und 5 Uhr wurden zwei große Flugzeuge über der Küste geschossen. Sie flogen auf London zu. Die Hauptmacht wurde im Nordosten und Südosten abgewiesen. Von der anderen Gruppe erreichte nur bis 10 Uhr ein Flugzeug London. Ein bis zwei (?) Explosionsbomben und eine

große Anzahl anderer Geschosse wurden auf verschiedene Stadtgegenden geworfen. Zwei Angreifer fielen zum Opfer. In beiden Fällen wurden die Insassen der Flugzeuge, zusammen sechs Mann, lebendig gefangen genommen. In London brachen einige Brände aus. Man glaubt, daß die Zahl der persönlichen Unfälle gering ist.

### Landsdowne erhält Suffurs.

„Daily News“ veröffentlichten folgenden, mit Brumley Johnson unterzeichneten Brief: Wenn Lord Landsdowne und Henderson eine zustimmende Adresse zu Landsdownes hochherzigen Appell aufsetzen wollten, würden Millionen einsichtige Männer und Frauen im ganzen Lande sie begeistert unterschreiben. Wilson und andere haben erklärt, daß wir nur mit dem Volke Deutschlands verhandeln werden, aber angesichts des Bestehenden nicht. Bei den verfassunggebenden Methoden unserer Regierung kam es kommen, daß Deutschland keine Möglichkeit hat, mit dem Volke Englands zu verhandeln. Trotzdem nimmt jeder Mann und jede Frau Englands Teil an diesem Kriege. Wir alle sollten uns klar darüber sein, wofür wir kämpfen. Die sich darüber klar sind, verlangen nach einer Gelegenheit, sich auszusprechen. Wir bedürfen vor allem der Bildung einer starken öffentlichen Meinung, die ihren Willen durchsetzen kann. Landsdowne hat uns an die Ideale erinnert, womit wir in den Krieg eintreten. Die noch glauben, sie zu besitzen, trotzdem aber stillschweigend, sind Verräter an der Menschheit. Der Sieg ist zweifellos eine gebieterische Notwendigkeit, aber das ist nicht genug. Das Ziel des Krieges ist nicht der Sieg, sondern der Frieden. Ein Frieden von Bestand, gesicherte Freiheit und sofortige Abwendung vom Tod zum Leben für Reichthum, Genie und Erwerb. Jede Stunde des unnützen Untervergessens gilt allgemein als unerschöpfliche Sünde. Nur die klare Auffassung und die öffentliche Feststellung unserer Kriegsziele kann einen anderen Frieden, als einen auf gegenseitiger Erschöpfung beruhenden, beschleunigen oder überhaupt herbeiführen. Klare Dingen wird die militärische Aktion fördern und nicht hemmen.

## Allerlei Kriegsnachrichten.

### Die Entente und Polen.

Laut „Le Temps“ steht eine öffentliche Erklärung der Entente zur polnischen Frage unmittelbar bevor.

### Die Vereinigten Staaten und die Bundesgenossen Deutschlands.

Aus Washington erzählt Reuter: Der amerikanische Senat überwies dem Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten ohne Debatte die ihm unterbreitete gemeinschaftliche Resolution der beiden Häuser, in der erklärt wird, daß nicht nur zwischen den Vereinigten Staaten und Desterreich-Ungarn, sondern auch mit Bulgarien und der Türkei der Kriegszustand bestesse.

### Brasilien will sich militärisch am Kriege beteiligen.

Die Agence Havas meldet aus Newyork: Eine brasilianische Kommission traf in Newyork ein, um über eine militärische Mitwirkung im Krieg gegen Deutschland zu beraten. Das erste brasilianische Marine-Fliegergeschwader wird sich im Januar dem englischen Fliegerkorps anschließen.

### Wilson's Rede in holländischer Betrachtung.

„Nieuws van den Dag“ schreibt über die Rede Wilsons: Die übertrieben lange Rede war wohl eine der heftigsten, die in den letzten Monaten von Staatsmännern der Entente gehalten wurden. Sie weist mehr Salbung und weniger Leidenschaft auf, als die erregten Reden Lord Georges, und sogar Clemenceaus. Wilson hat natürlich keine Zeit, ausländische Blätter zu lesen, und wenn er sie liest, was werden das wohl für Blätter sein? Wilson hat vergessen, daß die Antokratie, die jetzt mit dem Schwert vernichtet werden muß, in Rußland im März noch bestand. Es muß sich ihm doch die Frage aufgedrängt haben, ob es billiger war, den uneingeschränkten U-Boot-Krieg zum Ausgangspunkt für die Kriegserklärung an Deutschland zu machen, dessen Regierung auf Wilsons Friedensbedingungen eingegangen war und statt dessen der Entente, die sowohl seine Bemühungen, als auch das Angebot der Mittelmächte zu Unterhandlungen zurückwies, nichts über zu nehmen, ja ihr in die Karten zu spielen. Auch über die Vorgänge auf dem Kriegsschauplatz und die innere Lage Europas dürfte Wilson nicht sehr gut unterrichtet sein. Man lese nur seine erkranklichen Worte über das Verhältnis von Wien zu Berlin. Unter diesen Umständen ist es psychologisch erklärbar, daß sich sein Gerechtigkeitsgefühl nicht daran stoßt, 63 niederländische Schiffe in Newyork festzuhalten. Aber entschuldigbar ist das nicht. Es ist auch kaum glaublich, daß Wilson im Namen des amerikanischen Volkes spricht. Wenn der Frieden einmal im Anzug ist, wird keine Macht und keine Person ihn aufhalten, auch nicht Wilson der Unverzeihliche.

## Desterreich-Ungarn und Deutschland.

Der Minister des Reichens, Graf Czernin, hielt in der ungarischen Delegation des Ausschusses für auswärtige Politik eine bemerkenswerte Rede, in der er auf die Frage, ob und wie weit Desterreich-Ungarn in den Kriegsziele mit Deutschland einig sei, antwortete: Ich kann diese Frage in positivem Sinne beantworten. Wir sind einig mit Deutschland, und zwar auf einer Basis des Verteidigungskrieges, die hier in dieser hohen Versammlung ungeheißer Zustimmung fand und welche im deutschen Reichstag als Richtlinie für die Kriegsziele festgelegt wurde, welche Staatsminister Kühlmann in der letzten Rede seiner Ansicht nach klar und deutlich präzisier, indem er den Satz aussprach: Es gibt kein Friedenshindernis als Schlag-Lothringen. Allerdings dürfen wir, wenn wir unsere Lage mit der des deutschen Bundesgenossen vergleichen, das eine nicht vergessen, daß wir uns in gewisser Beziehung in einer besseren Lage befinden, als er. Wir haben sogar wieder unser ganzes Territorium in unserem Besitz. Deutschlands Kolonien sind heute in Feindeshand. Wenn man mit uns von mancher Seite der Fortschritt gemacht wird, daß die Schwäche unserer Politik, welche in Schleppschiffen Deutschlands besteht, und wie diese Phrasen laut lasten, daß diese Politik uns zwingt, den Krieg länger fortzusetzen, als es sonst der Fall wäre, ja, daß wir für deutsche Eroberungen kämpfen müßten, so lege ich diesen Argumenten ein kategorisches Nein entgegen. Wir kämpfen für die Verteidigung Deutschlands ebenso wie Deutschland für unsere. In dieser Beziehung kann ich keine territorialen Grenzen setzen. Wenn jemand fragt, ob wir im Schlag-Lothringen kämpfen, antworte ich: Ja, sowohl, wie kämpfen für Schlag-Lothringen, ganz so wie Deutschland für Danzig und Triest kämpft. Ich kann keinen Unterschied zwischen Stragun und Triest. Wenn in dem allgemeinen europäischen Kriegsziele andere Konstellationen eintreten sollen, was nicht ausgeschlossen erscheint, und an den anderen Fronten große Ereignisse vorgehen sollten, dann

würde ich, ich sage es offen und fühle mich hierbei eins mit Tisza, es lebhaft begrüßen, wenn der Moment käme, wo wir auch an den anderen Fronten gemeinsam mit unseren Bundesgenossen kämpfen. Wenn es bei der Entente immer noch Leute gibt, welche in dem Glauben leben, es könne ihnen gelingen, uns von unseren Bundesgenossen zu trennen, kann ich nichts sagen als: die, die das glauben, sind schlechte Politiker und kindische Gemüther. Graf Andrássy richtete bezüglich Italiens eine Anfrage an mich, auf die ich vollständig offen antworten möchte. Die italienische Kriegspolitik seit Kriegsbeginn bewegt sich auf einer schiefen Ebene abwärts. Es ist den Herren bekannt, daß Italien vor dem Kriege mit uns hätte sprechen können, weil wir lebhaftes Interesse daran hatten, diesen überflüssigen Krieg zu vermeiden. Hierbei hätte Italien zu einer Vereinbarung gelangen können, die es heute wohl in seinen kühnsten Träumen nicht mehr hoffen kann, zu erreichen. Italien hat seitdem in zwölf Schlachten Hunderttausende an Toten verloren und hat Milliarden an Werten und große Teile des eigenen Bodens eingebüßt, die heute in unserer Hand sind. Italien kann heute im besten Falle hoffen, den Status quo ante bellum zu erreichen. Ich sage aber ganz offen, und damit man es in Rom höre: Wenn Italien den Krieg unwillig fortsetzt, so wird es später einen schlechten Frieden bekommen. Das sind wir den Truppen und dem Hinterlande schuldig. Ich habe ein Ziel, das heißt: „Baldigste Erringung eines ehrenvollen Friedens.“ Dabei weigere ich mich, unseren Feinden Prämissen auf eine Kriegsverlängerung auszusprechen. Rumänien und Italien haben eine falsche Machtspekulation gemacht, als sie sich der feindlichen Gruppe angeschlossen. Einer der Herren hatte die Liebessüßigkeit, mich zu fragen, wie ich über die amerikanische Kriegserklärung denke. Wir haben wegen unserer treuen Bundesgenossenschaft mit Deutschland mit der Gegnerschaft Amerikas rechnen müssen. Wenn Amerika diese Konsequenzen zieht, ist das, ich gebe es zu, schmerzhaft wegen der Desterreicher und Ungarn, die in Amerika sind und die in die peinlichste Lage gelangen. In den Kriegsergebnissen jedoch wird das nicht das geringste ändern. Wenn man die Auffassung Wilsons in seiner neuesten Rede vergleicht mit jener, welche die Entente in die Monarchie hinein geworfen hat und die mit dem Schlagwort „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ bezeichnet wird und die auf der Friedenskonferenz mit Hilfe der Entente verwirklicht werden soll, so finde ich in der heutigen Auffassung des Präsidenten der Vereinigten Staaten einen großen und bedeutenden Fortschritt, einen Fortschritt, welchen wir anerkennen und welchen festzuhalten wir lebhaftes Interesse haben.

Zu allem kommt, daß die Entente das Selbstbestimmungsrecht der Völker in allen diesen Versionen für ihre Gegner gelten läßt, für sich aber stets Anlaß findet, um dessen Geltung auf ihre Verhältnisse auszuschließen. Wo die Entente Bedürfnisse nach Anzuektionen oder Desannexionen fühlt, erkennt sie natürlich nicht das Recht des zu schmälern Staatses an, hierüber selbst zu entscheiden, ja auch nicht das Recht der zu annektierenden Völker zu sagen, bei dieser Annexion mitzusprechen. Als die Freimaurer in Paris die Gedanken durchlesen ließen, daß über das Schicksal der von Italien beanspruchten Gebiete ein Plebiszit ihrer Bewohner entscheiden soll, erhob sich ein Sturm der Entrüstung in Italien, und ebenso wurde in Frankreich der Gedanke der Volksabstimmung in Elsaß-Lothringen zurückgewiesen, da dort eben nur das alte Unrecht gutzumachen ist. Da es sich darum handelt, daß innerhalb der einzelnen Staaten die Nationalitäten ihr Verhältnis untereinander zum Staate zu regeln haben, liegt also keine internationale, sondern innerstaatliche Frage vor. In dieser Richtung steht mir kein Recht zu der Neuerung mit bezug auf die österreichisch-ungarische Monarchie nur insofern zu, als die betreffenden Fragen auf die auswärtige Politik Einfluss nehmen könnten. Ich sage nicht an, zu erklären, daß ich in den Rahmen des mir zustehenden Rechts jede äußere Einflussnahme auf die Gestaltung unserer inneren Verhältnisse mit aller Entschiedenheit ablehne. (Vehementer Beifall.)

## Mus Lübeck und den Nachbargebieten.

Sonnabend, 8. Dezember.

### Meldspflicht leerstehender Wohnungen und Wohnungsnachweis

Vor einigen Wochen verwies die Lübecker Bürgerschaft einen sozialdemokratischen Antrag, der die Errichtung eines städtischen Wohnungsamtes zum Gegenstand hatte, in abgeschwächter Form an den Bürgerausschuß, und dieser brachte ihn dem Senat entgegen. Nunmehr ist dem Verlangen nach Errichtung einer städtischen Wohnungsvermittlung, die bei der hier herrschenden Kleinwohnungsnot eine dringende Notwendigkeit war, entsprochen worden, jedoch hat der Senat sich nicht zur Schaffung eines Wohnungsamtes, das zugleich die Wohnungsvermittlung und Wohnungspflege übernehmen und als Einigungsamt bei Mietstreitigkeiten dienen könnte, entschlossen. Man hat es wieder unterlassen, ganze Arbeit zu machen.

Im Informativteil unserer heutigen Ausgabe finden die Leser eine Bekanntmachung des Polizeiamtes, nach welcher in der Stadt Lübeck, einschließlich der eingemeindeten Gebietsteile, oder im Besitz der Landgemeinde Schmöbsen alle vermietbaren Wohnungen bis zu einem Mietwert von 800 Mk. jährlich innerhalb dreier Tage nach Eintritt der Vermietbarkeit dem bei der Behörde für Wohnungsfrage eingerichteten öffentlichen Wohnungsnachweis anzumelden sind. Eine erfolgte Vermietung dieser Räume ist innerhalb dreier Tage dem Wohnungsnachweis mitzuteilen. Die Benutzung des Wohnungsnachweises ist gebührenfrei.

Man kann nur wünschen, daß dieser städtische Wohnungsnachweis seine Aufgabe erfüllt und zur Linderung der bestehenden Wohnungsnot mit beiträgt. Daß er sie nicht beseitigen wird, liegt auf der Hand, denn er kann selbstverständlich keine neuen Wohnungen schaffen, sondern nur mitwirken, daß die vorhandene Wohnungsverhältnisse voll ausgenutzt wird. Zu hoffen ist, daß der städtische Wohnungsnachweis zweckmäßig ausgebaut wird und den Krieg überdauert.

Bergförderung der Industrie an der unteren Trave. Die Finanzbehörde hat mit der Brückenbau- und der Aktiengesellschaft in Betrach einen Kaufvertrag über drei Grundstücke abgeschlossen, von denen das eine 74 600, das andere 16 400 Quadratmeter groß ist, während es sich weiter um eine Wasserfläche von 14 000 Quadratmeter handelt. Die Grundstücke liegen sämtlich am unteren linken Traveufer unterhalb der Herrenbrücke und der dafür zu zahlende Kaufpreis soll 146 234 Mk. betragen. Die Käuferin, die schon heute dort auf einem vom Staat gemieteten Grundstück einen Werfbetrieb betreibt, beabsichtigt diesen Betrieb zu erweitern. In dem abgeschlossenen Vertrag hat die Finanzbehörde sich verpflichtet, entlang der Nordseite des Grundstücks eine Straße anzulegen und ein öffentliches Betriebsgleis für die Grundstücke zwischen der Trave und der Uferbahn herzustellen. Die Kosten dafür, die der Lübecker Staat zu tragen hat, belaufen sich auf 360 000 Mk. Obgleich diese Kosten in keinem richtigen Verhältnis zu dem Kaufpreis stehen, befristete der Senat die Genehmigung des Vertrages resp. die Bewilligung der 360 000 Mk., weil Lübeck dadurch weit überwiegend indirekte Einnahmen haben wird. Das Unternehmen ist nur dann hier zu halten, wenn es ihm ermöglicht wird, künftig auf eigenem Boden zu arbeiten. Das Betriebsgleis müßte doch hergestellt werden, um dieses wertvolle Gelände zu erschließen. Der Bürgerausschuß, der seiner Sitzung am Mittwoch mit der Vorlage beschäftigt war, hat zur Prüfung an eine Kommission verwiesen, die aber schon in der nächsten Sitzung Bericht erstatten soll.



# HOLSTENHAUS

G. M. B. H.

LÜBECK.

## Während der Weihnachtszeit

sind unsere Verkaufs-Räume von Montag, dem 10. Dezbr. ab an den Wochentagen von 8<sup>1/2</sup> bis

**6 Uhr**  
abends

**geöffnet.**

3966

**Sonntag, den 16. u. 23. Dezbr.,  
Geschäftszeit von 10 bis 3 Uhr.**

Durch diese gekürzte Verkaufszeit ist der Andrang nachmittags groß, wir bitten, möglichst die Vormittags-Stunden zum Einkauf zu benutzen.

### Spielwaren.

#### Gekleidete Puppen

in reizender Ausführung.

35<sup>4</sup> 75<sup>4</sup> 1.10 1.45 bis 35.00

**Kugelgelenkpuppe** mit echtem Haar u. Schlafaugen, 60 cm **5.95**

Ungekleidete Puppen, Bälge, Köpfe, Glieder, Perücken und Puppenkleidung  
in reicher Auswahl.

#### Puppen-Möbel

in Karton-Aufmach.

48<sup>4</sup> 75<sup>4</sup> 95<sup>4</sup> 1.45 bis 15.00

#### Puppen-Geschirre

in Blech

Porzellan, Karton 10<sup>4</sup> 30<sup>4</sup> 75<sup>4</sup> 1.10 u. teurer.

**Soldaten** alle Waffengattungen 35<sup>4</sup> 25<sup>4</sup> 20<sup>4</sup>

**Kanonen** 1.45 95<sup>4</sup> 45<sup>4</sup> 35<sup>4</sup> 20<sup>4</sup>

**Festungen und Forts** 15.00 bis 75<sup>4</sup>

**Bagage- und Ambulanz-Wagen**  
4.95 bis 1.65

**Säbel u. Seitengewehre** 5.50 bis 35<sup>4</sup>

**Plüsch- u. Stoff-Tiere**

in großer Auswahl

48<sup>4</sup> 95<sup>4</sup> 1.45 2.75 bis 50.00

**Wurf-Puppen und Stoff-Soldaten**

48<sup>4</sup> 95<sup>4</sup> 1.65 2.55 bis 40.00

#### Mechanische Figuren

in neuer komischer Ausführung

30<sup>4</sup> 60<sup>4</sup> 75<sup>4</sup> 95<sup>4</sup> bis 3.50

#### Automobile

60<sup>4</sup> bis 7.50

#### Musik-Instrumente

erstklassige abgestimmte Fabrikate.

Kindertrompeten, Trommeln und Pfeifen.

#### Gesellschafts- u. Beschäftigungsspiele

50<sup>4</sup> 85<sup>4</sup> 1.25 1.95 bis 6.00

**Bücher-Ausstellung im II. Stock.**

### Verein der Bestattungs-Übernehmer zu Lübeck.

Die dem Verein angeschlossenen Mitglieder empfehlen sich zur

3946

#### Übernahme von Erb- und Feuerbestattungen

sowie

#### Überführungen von und nach auswärts.

C. Weiss, Schwartauer Allee 193, Fernr. 967.

F. Barby, Hüßstr. 117, Fernr. 816.

G. Behnek, Warendorferstr. 4, Fernr. 2186.

A. Brodersen, Regidienstr. 7, Fernr. 1090.

W. Festerling, Hansastr. 57, Fernr. 1508.

H. Grimm, Wiedest. 49, Fernr. 1424.

Gebr. Mütter, Mühlenstr. 13, Fernr. 427.

C. Thiessen & Sohn, Bahmstr. 79,

Fernruf 1143.

Montag, den 3. Oktober, entschlief nach langem Leiden unser lieber Sohn (3943)

#### Karl Heinz.

Tief betrauert von seinen Eltern und Geschwistern.

Gleichzeitig unsern herzlichsten Dank allen, insbesondere den Kameraden von S. M. S. „Bohna“ für hilfreiche Teilnahme an der Beerdigung.

Th. Nilson, a. St. a. Urlaub und Frau Albert, geb. Filipp.

Einige Weihn.-Spielsachen billig zu verkaufen. (3960) Hüßstr. 3. I.

#### 1 Waschtisch, 2 Kapottküche

zu verkaufen. Näheres (3962) Wengstr. 21, I.

Zu verk. eine Eisenbahn mit Schienen u. Weichen u. anderem Zubehör u. eine Lichtbildmasch. (3968) Wafenstr. 112.

#### Feldgrüne Schirmmütze

Größe 58; zu verkaufen. (3967) Hüßstr. 66, I.

Zu verkaufen eine Rühr-, Knet- und Schattenbildmasch. (3944) Warendorferstr. 7, II.

Zu kaufen gesucht ein (3961)

#### kleiner Schlitzen.

Ana. mit Preis Verfahr. 5. pt. Kauf von Säcken. (3953)

B. Tesmer, Dannewergrube 15  
Photogr. Atelier „Lubeca“  
Breitestraße 13. (3949)

#### Carl Folkers

#### Möbelmagazin

25 Marlesgrube 25.

#### Vollst. Wohnungseinrichtung.

Selbstgefertigte Arbeiten.

Größte Auswahl.

(3950) Billigste Preise.

Weitgehendste Garantie.

Zimmereinrichtg. stets

Lieferung frei Haus

Fernsprecher 2734.

#### Jedes Bild

vergrößert und verkleinert  
Reinhard, Gloxinstraße 5.

### Sozialdemokrat. Verein Lübeck.

Am Donnerstag verstarb unsere Genossin

#### Marie Möller.

Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung erfolgt Montag nachmittags 2<sup>1/2</sup> Uhr. Die Mitglieder sammeln sich bis 2<sup>1/2</sup> Uhr am Friedhofseingang.

(3976) Der Vorstand.

Komitee- und Kommissionsitzungen

#### Jugendausflug.

Dienstag, den 11. d. Mt., abends 8 Uhr:

Sitzung im Jugendheim.

Suche Stellung für meinen Sohn, 16 Jahre alt, bei freier Station. (3945)

An der Mauer 102, II.

### Konsumverein für Lübeck u. Umgeg.

e. G. m. b. H.

#### Generalversammlung

am Montag, 10. Dezember, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Johannisstraße 50-52.

Tagesordnung:

1. Jahresberichte,
2. Genehmigung der Bilanz und Entlastung des Vorstandes,
3. Beschlussfassung über die Verteilung der Ertrübrigung,
4. Wahlen zum Aufsichtsrat nach § 17 des Statuts,
5. Wahlen zum Genossenschaftsrat nach § 29 des Statuts,
6. Revisionsbericht.

Eintritt und Erhalt der Stimmzettel nur gegen Vorzeigung der Mitgliedskarten.

**Der Aufsichtsrat,**  
Rob. Waldburger, Vorsitzender.

#### Hansatheater.

Sonnabend, den 8. Dezember: Keine Vorstellung.  
Sonntag, den 9. Dezember, abends 7 Uhr:

Neu einstudiert. **Die schöne Ungarin.** Neu einstudiert. Gesangsposse in 4 Akten von W. Mannstädt und A. Weller. Nachmittags 3 Uhr: Kinder-Vorstellung. Kleine Preise.

**Der gestiefelte Kater.** Großes Märchen in 5 Bildern von G. A. Gärner.

Montag, den 10. Dezember, abends 7 Uhr:  
**O schöne Zeit, o selige Zeit...**

**Herzfl. Sonntagsdienst**  
am Sonntag, 9. Dezbr.: (3951)  
Dr. Leonhard, Roedstr. 175  
Dr. Stoffer, Kronsf. Allee 18  
Dr. Grünwald, Lindenpl. 2.

### Euthergemeinde.

**Weihnachtsbitt.**  
Die Armenpflege bittet auch in diesem Jahre f. d. ihrer Notbedrückten, insonderheit ihrer Witwen und Waisen zu gedenken. Gaben nehmen entgegen:  
Balt. Mildenstein, Moisl. Allee 96  
J. Schwabrah, Moisl. Allee 88  
R. Reincke, Lachmehrer Allee 26  
G. Greblen, Lindenstr. 70. (3964)

### Großindustrie und Kriegswirkungen.

Von Richard Woldt

Buchhdl. Friedr. Meyer & Co.  
Johannisstraße 46.

### Handfertigkeitsausstellung

des 3968

#### Jugenddanks.

7. bis 11. Dezember

11-1, 3-6 Uhr in der Oberrealschule zum Dom. Sonntags von 11-5 Uhr.

### Volkstümlicher Abend

am Freitag, d. 14. Dez.

7 Uhr abends

#### im Hansa-Theater.

Aus der Vortragsfolge:

Liedervorträge von Fr. Klara u. Olga Schmidt, Lieder zur Laute von Wandervögeln, Ansprache von Pastor Paulke, Deklamationen von Direktor Baumgarten und Fr. Lotte Rogall, „In Civil“, Einakter von Kadelburg.

Programm, das als Eintrittskarte gilt, 20 Pfg.

Vorverkauf bei Nagel, Am Markt, im Holstenhaus, bei Drefalt, Sandstraße, und bei Robert, Breite Straße. (3975)

### Zentral-Verband der Zimmerer.

Zahlstelle Lübeck.

### Mitglieder-Versammlg.

am Montag, dem 10. Dezember

abends 8 Uhr.

#### im „Gewerkschaftshaus“

Johannisstraße 50-52.

Tagesordnung:

1. Unsere Lohnzulage.
2. Kartellbericht.
3. Innere Verbandsangelegenheiten.

(3969) Der Vorstand.

### Konzerthaus

#### Zauberflöte.

Täglich Konzert von

Damenkapelle „Zevohra“

Anfang 7 Uhr.

(3970) L. Kock.

### Stadttheater.

Sonnabend, d. 8. Dezbr. 1917:

#### Die verlorene Tochter

Sonntag, den 9. Dezbr. 1917

#### Hans Heiling.

Dienstag, den 11. Dezbr. 1917

#### Jedermann.

Ein Spiel vom Sterben des reichen Mannes.

Erneuert von Hugo von Hofmannsthal. Musik von E. Nilson.

Anfang der Vorstellungen 7 Uhr.

## Der „Bund der Kaisertreuen.“

Eine Tochtergesellschaft der Vaterlandspartei.

Die „Vaterlandspartei“ darf sich bekanntlich statutengemäß nicht mit innerer Politik beschäftigen. Sie hat das zwar gelegentlich unter der Hand zu tun versucht, ist aber dabei ertappt worden, und das war peinlich. So ist man denn auf die Idee gekommen, nach der Art von Bantzen, die bestimmte Geschäfte machen wollen, aber selber doch nicht können, eine Tochtergesellschaft ins Leben zu rufen.

Diese soll das innerpolitische Gegenstück zur Vaterlandspartei bilden und den Namen führen: „Bund der Kaisertreuen“.

Genau nach dem Muster der Königsberger Gründung ist auch hier wieder ein Herzog als Förderer in Aussicht genommen, diesmal ist es der Herzog Karl Eduard von Sachsen-Koburg-Gotha.

Zu den Gründern zählen ferner u. a. folgende Herren: Abel, Albert, Hausbesitzer und Stadtverordneter, Schöneberg; Burckhardt, Georg, Kaufmann, Berlin; Finke, Kaiserl. Rechnungsrat, D., Schöneberg; Dr. Karbe, Direktor der Anstalt für Blinden, Mitglied d. Hausl. d. Abgg., Berlin-Halensee; Jüter, Karl, Badeanstaltsbesitzer, Charlottenburg; Körting, Geh. Kommerzienrat, Hannover; Frhr. v. Malzahn, Rittergutsbesitzer auf Molzow i. M.; Mödrow, Mitgl. d. Hausl. d. Abgg., Hauptmann d. L., Gutsbesitzer, Mödrow; Hertz, Adolph, Frau Geh. Regierungsrat, Berlin; Kadjiwill, Prinzessin Elisabeth, Seelow; Frhr. v. Reichenstein, General z. D., Niederweitzsch bei Schweidnitz; v. Schlieben, Alexander; Schöneberg.

Der Gründungsauftrag hat folgenden Wortlaut:

„An alle Kaisertreuen!  
Die deutsche Reichsregierung ist in schwerster innerer Gefahr. Die Mehrheit des Reichstages verlangt die Parlamentarisierung der deutschen Reichsregierung. Sie ist zur Last geworden, zur Last aber unumstößlichen Lasten, zu den wichtigsten Rechten des Kaisers gehört das, seine Ratgeber, die höchsten Beamten des Reichs, selbst zu wählen — dieses verfassungsmäßige Recht ist zum inhaltslosen Schatten geworden. Damit aber ist es nicht abgetan. Die Parlamentarisierung des Deutschen Reichs ist nur die Vorstufe für seine Demokratisierung und Sozialdemokratisierung. Nicht eher werden unsere Gegner ruhen, ehe sie nicht auch dies erreicht haben. Es wäre dringend zu wünschen, daß es um der inneren Geschlossenheit Deutschlands willen gelinge, diesen Kampf bis nach dem Frieden hinauszuführen, möge er auch dann mit umso größerer Wucht ausbrechen. Allein bereits auf dem Würzburger Parteitag der Sozialdemokraten wurde von ihrem Führer angekündigt, daß dieser Kampf um die Demokratisierung sofort beginnen solle — um diese Demokratisierung, welche die schlimmsten Feinde des Deutschen Reichs, Präsident Wilson und Lloyd George verlangen, weil sie die Kraft Deutschlands auf anderem Wege nicht verfechten können. Und es gibt Deutsche, die sich zur Gefolgschaft der gefährlichsten Gegner Deutschlands bereitfinden lassen!

Wir müssen uns rüsten, schleunigst rüsten, sofort rüsten, sonst erliegen wir jenen Bestrebungen, die zum Untergang des Deutschen Reichs führen und führen müssen! Das Deutsche Reich ist mit seinen angekommenen Herrschern durch tiefsten Zusammenhalt zwischen Kaiser und Volk groß und mächtig geworden, und nur mit seinen Fürsten und in treuem Zusammenhalten mit ihnen wird es groß und mächtig bleiben! Treue um Treue!

Die Deutsche Vaterlandspartei kämpft gegen die gleichen Gegner wie wir, um Deutschland einen Frieden zu erringen, der kein weiteres Gebehen sichert. Möin sie hat in bestimmter Weise öffentlich kundgetan, daß sie an den innerpolitischen Streitigkeiten Deutschlands keinen Anteil nehmen wolle. Nach dieser Richtung hin soll und wird der „Bund der Kaisertreuen“ sie ergänzen. Wir müssen dereinst würdig sein, die an unseren Reichsgrenzen Blut und Leben opfern, um Deutschland vor seinen äußeren Feinden zu bewahren, aber nur dann sind wir es, wenn wir gleich unerschütterlich die Wacht halten für die Bewahrung der Verfassung. Wie dem Volke, was des Volkes ist, so auch dem Kaiser, was des Kaisers ist!

Wer Kaisertruen denkt und führt bis in seines Wesens innerste Tiefen hinein, der gehört zu uns, der trete an unsere Seite.“ Ein Rundschreiben des Bundes beschäftigt sich noch ausführlicher mit seinem Verhältnis zur vaterländischen Partei, deren Tätigkeit „mit herzlichster Freude begrüßt wird“. Dann heißt es weiter:

„Nur dann kann es gelingen, den Kampf um die Demokratisierung des Deutschen Reichs bis zum Friedensschluß hinauszuführen, wenn die Herren Scheidemann, der ja in seinem Schlußwort auf dem Würzburger Parteitag die sofortige Eröffnung dieses Kampfes ankündigte, und Erzberger, der schon einige Wochen vorher in Biberach keinen Zweifel daran ließ, daß er ohne Rücksicht auf die außerordentlich schwer ins Gewicht fallende innere Geschlossenheit Deutschlands keinen Augenblick zögern werde, in den Kampf um die Demokratisierung einzutreten, zu der Erkenntnis gebracht werden, daß nicht nur einzelne politische Parteien ihnen gegenüberstehen, sondern eine festgeschlossene ihr Ziel genau erkennende und unverrückbar im Auge behaltende Macht. Wenn aber nicht vorher, so wird zweifellos unmittelbar nach dem Friedensschluß dieser Kampf mit einer Wucht losbrechen, von der jetzt die Wenigsten eine Ahnung haben. Da heißt es gerührt sein! Im Loben des Parteikampfes kann unsere Organisation nicht durchgeführt werden: sie muß bis in die fernsten Gänge hineingetragen und vollendet sein, sobald von gegnerischer Seite das Angriffssignal erklingt.“

Die neue Gründung scheint uns umso zeitgemäßer, als die Frage der Staatsform bisher während der Dauer des Krieges überhaupt nicht auf der Tagesordnung stand. Das Bestreben des „Bundes der Kaisertreuen“ geht offenbar dahin, dieser Frage eine aktuelle Bedeutung zu verschaffen, die sie bisher nicht besessen hat. Im Interesse des inneren Friedens und der Monarchie operiert der neue Bund mit so entzündender Geschlossenheit, daß selbst der berühmte Bär der Fabel den Vergleich mit ihnen nicht aushält.

## Die Lage in Italien.

Noch immer stockt auf Tage und Stunden der Grenzverkehr zwischen Italien und der Schweiz. Es ist daher außerordentlich schwer, zuverlässige Nachrichten über Stimmung und Zustände in Italien zu erhalten. Schweizer Blätter berichten über eine zunehmende Aktion der Friedensfreunde, der die unerträglichen Verhältnisse in den norditalienischen Städten, in die sich die Flüchtlingsströme ergießen haben, Vorstoß leisten. Nach Mailand sollen 4 Millionen Flüchtlinge gekommen und ein guter Teil davon soll dort geblieben sein. Nun gehörte das stark industrialisierte Mailand schon vorher zu den schlecht mit Lebensmitteln versorgten Städten, und es ist dem Flüchtlingsstrom nun offenbar gelungen, was der Protest der Bürgerschaft und die sozialistische Forderung bisher nicht zustande gebracht hat: die Nahrungsmittel sind nunmehr rationiert und Lebensmittelkarten ausgegeben worden. Von einem Monat zum anderen wurde die Ausgabe dieser Karten auf den nächsten Monatsbesitz vermindert, aber erst am 1. Dezember wurde das Verbot in Mailand und Umgebung auch in Rom wahr gemacht. Freilich ist die dringend geforderte Rationierung des Brotes nicht durchgeführt, die Karten sind nur auf Butter, Reis, Pasta (Teigwaren, bekanntlich das italienische Hauptnahrungsmittel), Mehl und Zucker ausgegeben worden. Die Monatsrationen betragen: Butter 200 Gr., Reis 1400 Gr., desgleichen Pasta, Mehl 700 Gramm und Zucker 400 Gr.

Anlässlich der Einführung der Rationierung hielt der Mailänder Bürgermeister, ein bekannter Führer der sozialistischen Partei, eine hochpatriotische Rede, in der er der Generalen, die an der Spitze der Romagna-Fronten in der Kammer mit ihrem Blute besiegelt hätten, ehrend gedachte. Durch solche Kundgebungen wird der Bruch zwischen den kleinen intransigenten Minderheiten um den „Avanti“ und der um die Kammerfraktion gescharten Mehrheit der Parteiführer besiegelt. Wo die Massen stehen, das zu wissen ist selbst, wie er sagt, der „Avanti“ nicht in der Lage.

Die Gründung der „Unione Socialistica“, der neben kriegsbegeisterten Entente-Freunden wie den Ministern Bissolati und Berenini auch bisherige Friedensbekämpfer der offiziellen Partei angehören, scheint der „Humanität“ recht zu geben, die in längerer Schilderung die verschiedenen, auch von uns gemeldeten Kundgebungen zusammenfassend, den italienischen Sozialismus als ganz im patriotischen Fahrwasser liegend darstellt.

So ganz vollkommen scheint der Burgfrieden indessen nicht zu sein; das beweist ein Streik der Buchbinder in Rom, über den jedoch fast nichts in die Presse dringt. „Avanti“ erscheint in seinen wesentlichen Teilen von der Zensur völlig geneigt.

## Politische Rundschau.

Deutschland.

Der Kampf gegen die Sozialdemokratie.

Von a l l e u t s c h e r Seite wird ein großer Kampf gegen die Sozialdemokratie ins Werk gesetzt. Sie bestanden sich dabei im Bunde mit der Polizei, wie folgendes Schriftstück nachweist:

Berthold Körting. Hannover, 22. 11. 17.  
Schiffgraben 31.

Ich bitte Sie, mich gest. umgehend wissen zu lassen, ob Sie Schriften oder Artikel besitzen, welche darlegen, wie die ausländischen internationalen Sozialdemokraten sich über ihre deutschen Kollegen und dem Mangel an deutschem Patriotismus und Verständnis für die eigenen wirtschaftlichen Fragen, wenn Deutschland niedergelassen werden sollte, lustig machen und wie sie dauernd die deutsche Volkswirtschaft und damit die deutschen Arbeiter bekämpfen werden.

Derartige Material wäre ja selbstverständlich für die Bekämpfung der hiesigen Sozialdemokratie sehr erwünscht und so wurde ich dieser Tage von einem weislichen Polizeipräsidenten daran ermahnt.

Ihrer baldigst. Antwort sehe ich gern entgegen.  
Mit Hochachtung  
B. Körting.

Herr Körting ist bekannt als großer Annerkennung. Der Name Körting hat schon in manchen Dingen eine große Rolle gespielt. Herr B. Körting war der Scharfmacher gegen die nationalliberale Partei, er gehörte der Vaterlandspartei an und nahm an der Konferenz im Hotel Adlon in Berlin teil, in der der Reichsanwalt Behmann-Hollweg geküßelt werden sollte. Ein Träger dieses Namens ist auch nicht ganz unbekannt aus dem Kreise gegen die Lebensmittelwucherer in Brau Kupper in Berlin. Jetzt will Körting gegen die Sozialdemokratie im Kampfe mit den Behörden, vor allen Dingen mit den Polizeibehörden, vorgehen. Er wird dabei ebensowohl Glück haben, wie seine Adlon-Konferenz gehabt hat. Man sieht aber, was unter dem Deckmantel des Burgfriedens alles geleistet wird, und unsere Parteigenossen werden gut tun, ständig auf der Hut zu sein.

Sachsen-Weimar lehnt die Neuorientierung ab.

Der Landtag des Großherzogtums Sachsen-Weimar lehnte, einer Wählermeinung zufolge, den Antrag der Sozialdemokraten auf sofortige Vorlegung des neuen Wahlgesetzes sowie auf Neuorientierung während des Krieges mit allen Stimmen gegen die Stimmen der Antragsteller ab.

## Ernährungsfragen.

Ein neues Nahrungsmittel?

Ein unermüdlich suchende Nahrungsmittelindustrie hat ein neues Opfer gefunden, oder vielmehr gleich deren zwei: „Aus gewöhnlichen Pilzen, die ein sehr gutes, leider für die breite Masse unerschwinglich teures Gemüsegemisch liefern, und aus frischen Mischeln, die gleichfalls unerschwinglich einen höchst willkommenen Fleischersatz abgeben, wird eine neue Wurst hergestellt, für die der Preis sich auf etwa 2,50 Mk. stellen soll. Man rühmt ihr weiter nach, daß sie „sehr ergiebig“ sei und infolge ihres hohen

## Die Rheider Burg.

Erzählung von Levin Schücking.

20. Fortsetzung.  
„Was sie Euch aufgetragen hat! Etwas eine Erkundigung, wie Claus gefahren habe?“  
„Das nicht getadel!“  
„Kennt Mamfell Sibylle den Claus?“  
„Ja, Herr, sicherlich.“  
„Kennt sie das Innere der Burg?“  
„Gewiß; früher, als Mamfell Sibylle nochein Kind war und die Hudarde noch auf der Burg wohnten, da ist sie fast alle Tage da draußen gewesen und hat mit dem jungen Herrn Richard gespielt — dasmal war der Praxel noch nicht im Gange, und von da her kennt sie die Burg und auch den Claus gar wohl.“  
„Und weil sie so gut und schön ist, geht der alte Claus durch Feuer und Wasser für Mamfell Sibylle?“ fragte der Polizeibeamte.  
„So wird es wohl sein!“ versetzte lächelnd Heinrich. „Besonders, wenn er ein ordentliches Trinkgeld dabei verdient.“  
„Also,“ fuhr Monsieur Ermanns fort, indem er sich auf dem Wege, wo sie sich befanden, einem zwischen der hinteren Seite des Wohngebäudes und den Hammerwerkstätten verstreut liegenden Winkel gemächlich auf einen haufen Bauholz setzte, welches hier aufgeschichtet lag, „also, nun brauchen wir doch noch zu hören, was Ihr im Auftrag der Demoskelle dem Hausmeister habt ausgerichtet müssen, und dann können wir weiter gehen, um uns die Hammerwerkstätte anzusehen. Ich muß das aber vorher wissen, meine gute Freundin, denn dies zu erfahren, bin ich so begierig, daß ich gar kein Vergnügen an dem Besuchen Eurer famosen Eisenabril haben würde, ehe ich es nicht gehört!“  
„Aber, mein Gott, was geht es Euch denn an?“ pläzte der Hammermeister heraus.  
„Ja, was geht es mich an! Eigentlich nichts, gar nichts. Ich habe Ihr völlig recht. Aber seht, Heinrich — Heinrich heißt Ihr, nicht wahr? — seht, Heinrich, ich bin nun einmal von unfremem Herrgott so neugierig geworden.“  
„Kann Euch aber doch nicht helfen,“ brummte der ruhige Mensch, dem des Ausfragens zu viel wurde. „Geht und fragt Mamfell Sibylle selbst, und wenn Ihr's gehört habt, so könnt Ihr nachkommen und in der Schmiede nur nach dem Heinrich fragen, ich will dann schon zur Hand sein und Euch alles zeigen.“  
Und damit wendete der Arbeiter dem Employe den Rücken und machte Miene, ihn auf dem Bauholz sitzen zu lassen, solange er Lust habe.

„Halt, mein Freund,“ rief aber jetzt der Beamte in einem sehr lächelnden Tone, „ich muß Euch darauf aufmerksam machen, daß Ihr in einem kleinen Verstoß befangen seid, wenn Ihr nämlich glaubt, ich plaudere mit Euch, um die Zeit gemächlich totzuschlagen. Ihr müßt wissen, daß Ihr vor einer obzidiellen Person steht, welche alle Vollmachten hat, zu tun und zu verfügen, was ihr irgend notwendig scheint, um dem in der Rheider Burg begangenen Verbrechen auf die Spur zu kommen. Wir haben uns bis jetzt ganz freundlich über den Fall unterhalten, und wenn Ihr es wünscht, Meister Heinrich, so fahren wir in dem Tone fort und Ihr erzählt mir nun aufrichtig, zu welchem Ende die Demoskelle Euch jedoch da hinausgeschickt hat. Wenn Ihr aber noch länger den Verdachten spielt, dann arreriere ich Euch, lasse Euch geschlossen nach Dülledorf transportieren, also man Euch in ein finstres Loch wirft, und dort lasse ich Euch einen Tag hungern und den andern mit Wasser und Brot regaleren und den dritten Tag wieder hungern — Ihr habt dann eine kleine Abwechslung, damit Euch das ewige Wasser und Brot nicht gar zu langweilig wird. Das geht so fort bis Ihr schwarz werdet oder bekennet. Überlegt Euch deshalb die Sache! Was meint Ihr, wie lange hält ein Mensch, der Eure Leibesgestalt, Eure Knochen und Eueren Magen hat, es mit Wasser und Brot in einem dunklen Loch aus? Acht Tage? Neun Tage? Aber rechnen wir zehn. Länger gewiß nicht. Oder meint Ihr vierzehn? Gut, lassen wir's vierzehn sein. Dann aber seid Ihr müde, Freund, das schwöre ich Euch, und trücht zu Ares und fützt dem Teufel den Schwanz, wenn man's von Euch verlangt. Nun, also — wie soll es sein? Wollt Ihr gleich sprechen oder wollt Ihr erst noch eine kleine Kur durchmachen?“

Der große Mensch war blaß geworden unter dem Kupferzug, der sein Gesicht bedeckte, und seine ungelassenen Glieder schlüpferten vor Schrecken vor dem kleinen schwächlichen Employe, der vor ihm saß und in so freundlich gemüthlichen Tone von so haarsträubenden Dingen sprechen konnte.  
„Am Gottes willen, wer seid Ihr denn?“ stammelte er.  
„Ich bin Beamter der großherzoglichen bergischen Polizeiverwaltung, mein Freund. Als solcher befehle ich Euch nun zu reden. Und zwar die Wahrheit. Denn das merkt Euch wohl, Ihr werdet das, was Ihr sagt, später beschwören müssen. Darum lügt nicht.“  
„Aber, Herrgott im Himmel, was soll ich denn ausagen?“ versetzte der Arbeiter und warf die Blicke um sich, wie wenn er sehen wollte, ob er nicht vor dem fürchterlichen Menschen Reihhaus nehmen und in irgendein nahes Versteck schlüpfen könnte.  
„Ihr wollt einbringen?“ Das würde Euch nichts helfen, Heinrich,“ sagte der Polizeibeamte, „wir würden Euch schon fangen; der Papaver ist überall von allen Seiten. Nun aber herau-

mit der Sprache.“ fuhr er wieder in seinen gebieterischen und drohenden Tone fallend, fort, „meine Geduld ist zu Ende und ich will eine Antwort. Was habt Ihr auf der Burg ausgerichtet?“  
„Ich habe,“ stammelte der Arbeiter so gedrängt und eingeschüchert, „den Claus auffuchen sollen, um ihn zu fragen.“  
„Nun was?“  
„Ob der Fremde noch in der Burg ist!“  
„Der Fremde? Welcher Fremde?“  
„Ja, das weiß ich nicht! — der Fremde.“  
„Also der Fremde — ob der noch in der Burg ist?“  
„So ist es.“  
„Und was hat der Hausmeister — Ihr habt ihn aufgegriffen und mit ihm gesprochen?“  
„Ja.“  
„Was hat er geantwortet?“  
„Er hat gesagt, er wüßte es nicht. Vorgesetzten habe er ihn zum letztenmal gesehen, jetzt werde er sich wohl aus dem Staube gemacht haben.“  
„So, das sagte er? Der Fremde werde sich wohl aus dem Staube gemacht haben?“  
„Das waren seine Worte.“  
„Nun brauche ich von Euch nur noch etwas Näheres zu hören, was das denn eigentlich für ein Fremder ist, und dann könnt Ihr frei Eures Weges gehen, Meister Heinrich. Ihr werdet mir nicht aufbinden wollen, Ihr hättet Euch bei der Demoskelle Ritterhausen oder bei dem Hausmeister Claus nicht ein wenig danach erkundigt, nach dem Fremden!“  
„Ich weiß aber doch nichts von ihm!“  
„So? — Da oben in der Burg ist in verlassener Nacht ein Nord vorgelassen. Bei solchen Vorkommen pflegt der Mensch sich zu fragen: Wer hat das getan, wer kann das Verbrechen begangen haben? Und wenn man alsdann von einem Fremden hört, der in dem Hause gesteckt hat, wo so etwas vorgegangen ist, so werden alle Geister der Neugierde wach und rufen: Wer ist der Fremde? Wollt Ihr mir aufbinden, Ihr hättet nicht so gefragt? Nein, Ihr seid nicht so dumme! Also heraus mit der Sprache!“  
„Herr, ich kann bei meiner Seligkeit schwören, daß ich nichts davon weiß — ich habe den Auftrag bekommen, nach dem Deferteur zu fragen und Claus hat mir darauf geantwortet, wie ich gesagt habe; keine Silbe mehr, denn er war verdrückt und wollte mir kaum Rede stehen.“  
„Nach dem Deferteur — also nach einem Deferteur infolgt Ihr fragen? Der Fremde war also ein Deferteur?“  
„So nannte ihn Claus.“

(Fortsetzung folgt.)

